herstellen zu helfen, namentlich der Tatsache, dass die Regierung Ruandas jedes Jahr 5 Prozent des Staatshaushalts für die Unterstützung der Überlebenden des Völkermords und der von der Diaspora eingeleiteten Kampagne „Ein Dollar für die Überlebenden des Völkermords“ bereitstellt,

1. *ersucht* den Generalsekretär, die zuständigen Organisationen, Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen auch weiterhin zu ermutigen, die Resolution 59/137 rasch durchzuführen, unter anderem indem sie Hilfe zugunsten der Bildung von Waisen, der medizinischen Versorgung und Behandlung der Opfer sexueller Gewalt, namentlich HIV-positiver Opfer, der Trauma- und psychologischen Beratung, der Vermittlung von Fertigkeiten sowie der Kleinstkreditprogramme zur Förderung der Eigenständigkeit und Linderung der Armut gewähren;

2. *fordert* die Mitgliedstaaten und das System der Vereinten Nationen *auf*, die Schlussfolgerungen und Empfehlungen im Bericht des Generalsekretärs²⁷⁶ dringend umzusetzen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die Aktivitäten des Informationsprogramms „Der Völkermord in Ruanda und die Vereinten Nationen“, die dem Gedenken an die Opfer des Völkermords in Ruanda und der Erziehung gegen Völkermord dienen, fortzusetzen, um verhindern zu helfen, dass es in Zukunft wieder zu Völkermordhandlungen kommt;

4. *stellt fest*, wie wichtig die noch verbleibenden Fragen sind, darunter Zeugenschutz und Opferhilfe, die Archive des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, Justizfragen und Kapazitätsaufbau im ruandischen Justizsystem, und unterstreicht, dass diesen Fragen verstärkt und langfristig Aufmerksamkeit gewidmet werden muss;

5. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit der Regierung Ruandas die zuständigen Organisationen, Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen dazu zu ermutigen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere die Anstrengungen zur Stärkung des Kapazitätsaufbaus im Justizsystem und der Opferhilfe in Ruanda zu unterstützen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, angesichts der kritischen Situation der Überlebenden des Völkermords

von 1994 in Ruanda und der Abschlussstrategie des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda alle zur Durchführung dieser Resolution notwendigen und durchführbaren Maßnahmen zu treffen und der Generalversammlung auf ihrer sechsundsechzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten und dabei konkrete Empfehlungen zur Unterstützung der Überlebenden des Völkermords von 1994 in Ruanda zu unterbreiten;

7. *beschließt*, den Punkt „Hilfe für die Überlebenden des Völkermords von 1994 in Ruanda, insbesondere für Waisen, Witwen und Opfer sexueller Gewalt“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundsechzigsten Tagung aufzunehmen.

RESOLUTION 64/235

Verabschiedet auf der 68. Plenarsitzung am 24. Dezember 2009, ohne Abstimmung, auf der Grundlage des Resolutionsentwurfs A/64/L.27 und Add.1, eingebracht von: Albanien, Ägypten, Algerien, Argentinien, Bangladesch, Belgien, Bulgarien, Burkina Faso, Costa Rica, Dänemark, Deutschland, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Finnland, Frankreich, Gabun, Griechenland, Guatemala, Indien, Irland, Israel, Italien, Katar, Kenia, Kroatien, Liechtenstein, Luxemburg, Madagaskar, Mali, Mauritius, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Peru, Philippinen, Portugal, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Senegal, Slowenien, Somalia, Spanien, Togo, Tunesien, Türkei, Uganda, Ungarn, Vereinigte Republik Tansania, Zypern.

64/235. Institutionalisierung des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die in ihrer Resolution 60/288 vom 8. September 2006 enthaltene Weltweite Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus und die in ihrer Resolution 62/272 vom 5. September 2008 enthaltene erste Überprüfung der Strategie,

ersucht den Generalsekretär, die Ressourcen bereitzustellen, die erforderlich sind, um die Institutionalisierung des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung unverzüglich abzuschließen und so die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung zu gewährleisten.